

VOLLMACHT

Ich/Wir erteile(n) der

Kanzlei Gunkel & Partner, Detmolder Str. 120a, 33604 Bielefeld

in Sachen

(Ihr Name ./ Gegner einfügen)

Vollmacht zur außergerichtlichen Vertretung, unter der Bedingung des Scheiterns der außergerichtlichen Beilegung **Prozessvollmacht**, §§ 81ff. ZPO sowie **Strafprozessvollmacht**, §§ 302, 374 StPO.

Die Vollmacht umfasst insbesondere:

1. Empfang des Streitgegenstandes, Wertpapieren u. ä., Urkunden usw. sowie ggf. die Weiterleitung an berechtigte Dritte. Ausdrücklich NICHT umfasst ist der Empfang von Geld sowie der vom Gegner, von der Justizkasse oder anderen Stellen zu erstattenden Kosten oder Auslagen.
2. Entgegennahme von Zustellungen, Einlegung und Rücknahme von Rechtsmitteln, sowie Verzicht auf solche, Erhebung und Rücknahme von Widerklagen.
3. Beseitigung des Rechtsstreits durch Vergleich, Verzicht oder Anerkenntnis.
4. Abgabe von einseitigen Willenserklärungen und Vornahme einseitiger Rechtsgeschäfte, insbesondere Begründung und Aufhebung von Vertragsverhältnissen.
5. Die Anforderung und Entgegennahme von unter das Datenschutzrecht fallenden Informationen, einschließlich besonderer Kategorien personenbezogener Daten gem. Art. 9 DSGVO.
6. Vertretung im Insolvenzverfahren über das Vermögen des Gegners, in Freigabeprozessen und als Nebenintervenient.
7. Alle Nebenverfahren, z.B. einstweilige Verfügung, Arrest, Kostenfestsetzung, Zwangsvollstreckung einschließlich der aus ihr erwachsenden besonderen Verfahren, Zwangsversteigerung, Zwangsverwaltung und Hinterlegungsverfahren zu betreiben.
8. Geltendmachung von Ansprüchen gegen Schädiger, Fahrzeughalter und deren Versicherung, sowie Akteneinsicht.
9. Übertragung der Vollmacht ganz oder teilweise auf Dritte.
10. Verteidigung und Vertretung in Bußgeld- und Strafsachen in allen Instanzen - und auch für den Fall meiner Abwesenheit. Der Verteidiger ist gemäß § 350 I StPO vom Hauptverhandlungstermin zu benachrichtigen. Vertretung gemäß § 411 II StPO mit ausdrücklicher Ermächtigung gem. § 233 I StPO. Vertretung in Strafvollzugsangelegenheiten.
11. Strafanträge zu stellen und zurückzunehmen, sowie die Zustimmung gemäß §§ 153 und 153a StPO zu erteilen.
12. Entschädigungsanträge nach dem StrEG zu stellen. Diese Vollmacht erstreckt sich sowohl auf die Befugnis, für mich Entschädigungsanträge jeglicher Art zu stellen, als auch auf meine Vertretung im sogenannten gesonderten Betragsverfahren.
13. Nebenklage zu erheben - als Nebenkläger aufzutreten.
14. Fotokopien nach eigenem Ermessen anzufertigen.

Vorname, Name

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Ort

den

Datum

Unterschrift

Mandatsbedingungen

in Sachen:

Aktenzeichen:

In Verbindung mit der erteilten Vollmacht an die Rechtsanwälte

Gunkel & Partner
Detmolder Str. 120 a
33604 Bielefeld

I. wird folgendes vereinbart:

1. Die Haftung der beauftragten Rechtsanwaltskanzlei wird für alle Fälle einfacher Fahrlässigkeit **auf einen Höchstbetrag von 1.000.000,00 EUR beschränkt**, insoweit besteht Versicherungsschutz. Unberührt bleibt eine weitergehende Haftung der beauftragten Rechtsanwaltskanzlei oder ihrer Erfüllungsgehilfen für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit sowie eine Haftung wegen Körperschäden.
2. Wenn eine weitergehende Haftung gewünscht wird, so kann auf ausdrückliche Weisung des Auftraggebers und auf dessen Kosten eine **Einzelhaftpflichtversicherung** zu einer höheren Haftungssumme abgeschlossen werden.
3. Dem Auftraggeber ist bekannt und einverstanden, dass die Rechtsanwaltskanzlei zur zweckmäßigen Bearbeitung des Mandats personenbezogene **Daten speichert**.

II. Wir weisen darauf hin:

1. § 49 b BRAO (Bundesrechtsanwaltsordnung): Die **Gebühren** für unsere Beauftragung nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) werden grundsätzlich nach dem **Gegenstandswert** bemessen. Der Gegenstandswert ist das „Interesse“ an der Erledigung einer Rechtsangelegenheit, z. B. der Einzug einer bestimmten Forderung. Wenn Sie dazu konkretere Hinweise und Belehrungen wünschen (z. B. die genaue Berechnung), sprechen Sie uns bitte an.
2. Der **Mandatsvertrag** kommt erst mit **unserer Annahme** zustande. Diese Annahme erfolgt auch dadurch, dass wir nach außen für Sie tätig werden. Wenn das Mandat nach **1 Woche** noch nicht angenommen wurde, gilt es **vorsorglich als abgelehnt**.
3. Bei besonderer **Eilbedürftigkeit** weisen Sie uns bitte ausdrücklich darauf hin, damit wir vordringlich auf Interessenkollision oder Kapazitäten prüfen können.

_____, den _____

Unterschrift

Reisekosten und Terminvertretungen

Hinweis: Eine Rechtsschutzversicherung übernimmt üblicherweise nur die Kosten eines "ortsansässigen" Rechtsanwalts. Gleiches gilt für die "notwendigen" und "erstattungsfähigen" Kosten eines Rechtsstreits, die gegebenenfalls von der Gegenseite erstattet werden müssen, wenn eine Klage gewonnen wird.

Die Rechtsprechung ist der Auffassung, dass normalerweise am eigenen Wohnort ein Rechtsanwalt gefunden werden kann, der ebenfalls spezialisiert ist oder sich in die Materie einarbeiten kann.

(Ob das tatsächlich so ist, sei dahingestellt.)

Wichtig für Sie: Es kann am Ende passieren, dass Sie trotz Rechtsschutzversicherung oder Sieg in der Hauptsache **Reisekosten** selbst tragen müssen, die dadurch entstehen, dass wir einen **Gerichtstermin** für Sie wahrnehmen. Es handelt sich dabei üblicherweise um die Kosten einer Bahnfahrt/öffentliche Verkehrsmittel/Taxi oder Kilometergeld (0,30 € pro Kilometer) bei Fahrt mit einem Pkw. Hinzu kommt ein so genanntes Abwesenheitsgeld zwischen 25 und 70 €, je nach Dauer (siehe Nr. 7005 VV RVG).

Da es für uns auch häufig einen sehr hohen zeitlichen (Reise-) Aufwand erfordern würde, einen Termin wahrzunehmen (der häufig nur eine Viertelstunde dauert um Anträge zu stellen und kurz zu erörtern – normal ist alles schon vorher geschrieben worden), beauftragen wir auch **Terminvertreter**.

Diese nehmen dann für einen **Pauschalpreis** (zwischen 150 bis 250 € zuzüglich Mehrwertsteuer) den Termin zur mündlichen Verhandlung wahr. Wir stellen diesen die wichtigsten Unterlagen dafür zur Verfügung. Die Terminvertreter arbeiten sich dann auch in Ihre Akte ein. Unsere Terminvertreter sind mit der Materie vertraut. Wir greifen – soweit möglich – auf uns bekannte und bewährte Terminvertreter zurück. Wir haben dafür ein Netzwerk in ganz Deutschland.

Unsere Reisekosten wären häufig höher, als die Kosten dieses Vertreters.

Wir bemühen uns, unsere Mandanten bei der Schlussabrechnung gegenüber einer Rechtsschutzversicherung schadlos zu halten. Über das so genannte "Quotenvorrecht" sollen bei Erstattungen zunächst eigene Kosten der Mandanten/Rechtsschutzversicherten ausgeglichen werden und erst der Rest geht an die Rechtsschutzversicherung. Es ist aber (noch) rechtlich umstritten, ob dazu auch diese Reisekosten/Kosten des Terminvertreters gehören.

Einverstanden und zur Kenntnis genommen:

Datum/Unterschrift

**1. Verantwortlicher und
Datenschutzbeauftragte**

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist

Rechtsanwälte **Gunkel & Partner**
Partnerschaftsgesellschaft, Detmolder Str. 120a,
33604 Bielefeld

E-Mail: info@gunkel-partner.de
Telefon: +49 (521) 13 69 98 7
Telefax: +49 (521) 13 69 98 6

Die betriebliche Datenschutzbeauftragte,
Rechtsanwältin Ursula Gunkel, ist unter den o.g.
Kontaktadressen erreichbar.

**2. Welche Arten von Informationen erheben
wir?**

Wir erheben Stammdaten, also Name, Vorname,
Anrede, Anschrift sowie
Kontaktmöglichkeiten (Telefonnummern,
EMails), sowie Daten die für die Bearbeitung des
Mandats und die Geltendmachung und
Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des
Mandats notwendig sind. Dazu zählen alle
Mandatsbezogenen Informationen, sowie
gegebenenfalls Kontodaten (z.B. wenn wir Ihnen
Zahlungen der Gegenseite weiterleiten).

Wir erheben auch einige statistische Daten zur
Verbesserung unserer Dienstleistungen – z.B.
wenn wir Sie fragen, wie Sie auf unsere Kanzlei
gekommen sind.

Sofern wir weitere Daten von Ihnen erheben, die
nicht im Zusammenhang mit dem
Mandatsverhältnis stehen, fragen wir Sie dazu
gesondert nach Ihrer Einwilligung.

3. Warum erheben wir diese Daten?

Die Erhebung dieser Daten erfolgt, um Sie
anwaltlich beraten und vertreten zu können,
einschließlich der Korrespondenz mit Ihnen und
der Rechnungsstellung und gegebenenfalls
Geltendmachung unserer Zahlungsansprüche
gegen Sie.

**4. Auf Grund welcher gesetzlichen
Grundlagen erheben wir die Daten?**

Die Datenverarbeitung ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1
lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die
angemessene Bearbeitung des Mandats und für
die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus
dem Mandatsvertrag erforderlich.

Wir verarbeiten in manchen Fällen auch Daten
gem. Art. 9 Abs. 1 DSGVO. Dabei handelt es sich
um „besondere Kategorien personenbezogener
Daten“, also besonders sensible Daten, z.B. zur
ethnischen Herkunft, politischen Meinung,
religiöse oder

weltanschauliche Überzeugungen oder
Gewerkschaftszugehörigkeit, genetische oder
biometrische Daten, Gesundheitsdaten oder
Daten zum Sexualleben oder der sexuellen
Orientierung einer Person. Wir erheben diese
Daten auf Grundlage des Art. 9 Abs. 2 lit. b und f
DSGVO, zur Durchsetzung Ihrer Rechte.
Beispiele dafür sind die Gesundheitsdaten in
medizinrechtlichen Fällen, oder Daten zu Ihrem
Ehepartner oder Ihrer Ehepartnerin, sofern Sie
beide gemeinsam Rechte geltend machen, oder
Sie über ihn oder sie rechtsschutzversichert sind.

Sofern Sie eine ausdrückliche Einwilligung erteilt
haben, beruht die Datenverarbeitung auf Art. 6
Abs. 1 S. 1. lit. a DSGVO.

Statistische Daten erheben wir, um unsere
Dienstleistungen für Sie und andere zu
verbessern und unseren Außenauftritt und unser
Marketing zu steuern. Dabei handelt es sich um
ein berechtigtes Interesse i.S.d. Art. 6 Abs. 1 S. 1
lit. f DSGVO.

5. Wie lange bewahren wir die Daten auf?

Die für die Mandatierung von uns erhobenen
personenbezogenen Daten werden bis zum
Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für
Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des
Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet
wurde,) gespeichert und danach gelöscht, es sei
denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c
DSGVO aufgrund von steuer- und
handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und
Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder
AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet
sind (z.B. bei Rechnungen) oder Sie in eine
darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6
Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

6. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an
Dritte zu anderen als den im Folgenden
aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO
für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit
Ihnen erforderlich ist, werden Ihre
personenbezogenen Daten an Dritte

weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte, aber auch zur Durchsetzung des Versicherungsschutzes an Ihre Rechtsschutzversicherung. Die

weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

Aus praktischen Gründen kommunizieren wir überwiegend per E-Mail. Wir weisen darauf hin, dass ohne weitere Absicherung oder Verschlüsselung E-Mails keinen sicheren Kommunikationsweg darstellen.

7. Betroffenenrechte

Soweit Sie von unserer Datenverarbeitung betroffen sind, haben Sie folgende Rechte:

a. Widerruf der Einwilligung

Sofern Ihre Daten auf Grund einer Einwilligung verarbeitet werden, können Sie gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit durch Erklärung uns gegenüber widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen.

b. Widerspruchsrecht bei Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Auch Ihr Widerspruchsrecht können Sie einfach per Erklärung uns gegenüber ausüben.

c. Auskunft

Gemäß Art. 15 DSGVO können Sie Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten

offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen.

Gemäß Art. 20 DSGVO können Sie auch verlangen, Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format selbst zu erhalten, oder an einen Dritten zu übermitteln.

d. Löschung, Berichtigung Gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;

Gemäß Art. 17 DSGVO können Sie die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.

Gemäß Art. 18 DSGVO können Sie die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben.

e. Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde

Gemäß Art. 77 DSGVO haben Sie das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.